

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 31. März 1989

Blatt 617

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Terminvorschau vom 3. bis 16. April (618/619)

Wiener Gemeinderat (620-631)

Reparatur des Siemenssteges (nur FS)

Australische Touristin von Straßenbahn erfaßt (nur FS)

Kultur:

Fotoausstellung im Otto-Wagner-Pavillon (632)

Terminvorschau vom 3. bis 16. April

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 3. bis 16. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 3. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

3. und 4. April:

Enquete „Weltausstellung“ (Rathaus)

DIENSTAG, 4. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Christian Kunz und Prim. DDR. Robert Jelinek (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 5. APRIL:

10.30 Uhr, Pressekonferenz VOR (7, Neubaugasse 1)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Klaus Höpcke, Stellvertretender Minister für Kultur der DDR „Literatur als Seelenkunde“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 6. APRIL:

9.30 Uhr, Tunnelanschlag im Bauabschnitt U 3/14 „Schweglerstraße“ unter der Patronanz von Vbgm. Ingrid Smejkal; StR. Hatzl (15, Reithofferplatz, Ecke Pouthongasse — Goldschlagstraße)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Albert Kaufmann (Arb.-Zi, Smejkal)

18.00 Uhr, Feier des 25jährigen Jubiläums von Klubobmann Dr. Erwin Hirnschall als Wiener Landtagsabgeordneter und Gemeinderat (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 7. APRIL:

9.00 Uhr, Grundsteinlegung Block 3/4, Kraftwerk Simmering (11, 1. Haidequerstraße 1)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl anl. o.a. Grundsteinlegung (Kraftwerk Simmering)

MONTAG, 10. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Rudolf Neumann, Ernst Erhart, Anna Schmalzl, Oberin Anna Stösser, OSR Josefa Zeilinger und Wilhelm Mayrhofer (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 11. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 13. APRIL:

9.00 Uhr, Eröffnung des Symposiums der MA 11 und der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien „Berufsfeld Gesellschaft — Initiativen und Entwicklung der Sozialarbeit“, Vbgm. Smejkal (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Gottfried (Teddy) Windholz (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal zu o.a. Symposium (PID)

FREITAG, 14. APRIL:

13.30 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an OAR Helmut Schönhofer durch StR. Swoboda (Arb.-Zi, Swoboda)

SONNTAG, 16. APRIL:

ab 10 Uhr, Wiener Frühlingsmarathon, Start v.d. Schloß Schönbrunn (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 618

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte auf die ERSTE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP), wieweit die Gemeinde Wien bereit sei, zur Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in der Bundeshauptstadt beizutragen, fest, daß das Verhältnis zur Polizei ausgezeichnet sei. Zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eigne sich der Einsatz einer Sondereinheit nicht. Er sei für eine verstärkte Überwachung durch den Einsatz von mehr Polizei, sagte Zilk, und Wien wird dafür auch Mittel einsetzen, sofern auch der Bund die von ihm selbst eingenommenen Mittel aus der Parkraumüberwachung dafür verwenden wird.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Karin LANDAUER (FPÖ), welche Maßnahmen getroffen wurden, um nach der Schließung der provisorischen Obdachlosenunterkunft Gerhardusgasse geeignete Unterkünfte zu finden. Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) betonte, daß die Gerhardusgasse Ende April geschlossen werde, und die Obdachlosen in anderen Einrichtungen, wie Meldemannstraße, Kastanienallee untergebracht werden. Zusätzlich werde in der GÄNSBACHERGASSE ein Neubau für 300 Personen errichtet. Das Konzept der ARGE-Hilfe für Bürger in Not wird gemeinsam mit anderen Organisationen in den nächsten Jahren rund 500 Wohnplätze für Obdachlose schaffen, wobei Smejkal darauf verwies, daß auch die Betreuung der betroffenen Personen durch Sozialarbeiter sehr wichtig sei.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ), wie sich die Dezentralisierung der sozialen Dienste seit nunmehr zehn Jahren bewährt hat, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß grundsätzlich positive Erfahrungen gewonnen werden konnten. Eine flächendeckende Versorgung konnte durch die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen erreicht werden, denen die Stadt Wien Kosten ersetzt. Geschaffen wurden diese Dienste für ältere, kranke und behinderte Menschen. Die Einrichtung wird von Menschen in Anspruch genommen, deren Durchschnittsalter bei 82 Jahren liegt. Den sozialen Voraussetzungen wird Rechnung getragen, indem die Kostenbeiträge dem Einkommen des Nutzers der sozialen Dienste angepaßt werden. Die Leistungen der Stadt Wien beispielsweise für Heimhilfe sind zwischen 1978 und 1988 um 236 Prozent gestiegen, die Zahl der Heimhelfer um 78 Prozent und jene der betreuten Personen um 116 Prozent auf nunmehr 12.000.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), welcher Betrag aufgrund des heurigen milden Winters für Schneeräumung und Streuung eingespart werden konnte, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), daß die Budgetierung für milde Winter kalkuliert ist und bei strengen Wintern durch zusätzliche Mittel verstärkt wird. Im strengen Winter 86/87 wurden 400 Millionen aufgewendet, im darauffolgenden 65,8 Millionen und zuletzt 34 Millionen. Das Winterdienstkonzept sei im wesentlichen erfüllt, sagte Häupl. Dazu gehört die Bereitstellung von wesentlich mehr Kleinfahrzeugen, mit denen Straßenrückbauten und dem weiteren Ausbau von Fußgängerzonen Rechnung getragen wird. Wie weit das Konzept die Erwartungen erfüllt, werde sich praktisch erst ermessen lassen, wenn es durch einen harten Winter auf eine Bewährungsprobe gestellt wird. Abgesehen davon werden weitere Adaptierungen und Feinabstimmungen aufgrund praktischer Erfahrungen auch in Zukunft vorgenommen werden.

Man habe die Dachorganisationen der Wiener Sportverbände bereits im Vorjahr ersucht, Jugendsportförderungsprogramme zu erarbeiten, abzustimmen und vorzulegen, sagte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Die Stadt Wien hatte ihrerseits die Zusage gemacht, verstärkt im Jugendsportbereich zu fördern. So werden 63,5 Millionen Schilling im Bereich der KIBA für rund 300.000 Stunden, in denen Vereine Trainingsmöglichkeiten geboten werden, aufgewendet. Im Dusika-Stadion seien es 15,5 Millionen und im Budo-Center 1,8 Millionen. Diese Summen kämen der Jugendsportförderung zugute, dazu noch der Betrag von rund 2,8 Millionen Schilling, der vom Sportamt für Trainingsmöglichkeiten in den städtischen Bädern aufgewendet werde.

Die SIEBENTE UND DIE ACHTE ANFRAGE wurden zurückgezogen.

Die Reinverluste der Firma ODELGA, sagte Vizebürgermeister MAYR auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), haben sich im Zeitraum vom 30. April 1979 bis 31. März 1988 auf 30,8 Millionen Schilling belaufen. Es gebe kein Betrags-, aber ein zeitliches Limit für die wirtschaftliche Sanierung der Firma ODELGA, die in fünf bis sechs Monaten erfolgt sein solle.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) erkundigte sich in der ZEHNTEN ANFRAGE nach der Einstellung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER zu dem Problem, daß die Verwendung von Quecksilber-Amalgam-Plomben in der Zahnbehandlung angeblich zu schweren Vergiftungserscheinungen führen kann. Stacher sagte, es sei falsch, von Vergiftungen zu sprechen, allenfalls handle es sich um allergische Reaktionen von Patienten, die jedoch zahlenmäßig im Promillebereich liegen. Eine angeblich toxische Wirkung der Amalgam-Plomben werde zwar immer wieder diskutiert, ist aber nicht nachgewiesen. Obwohl die Schulmedizin eine gesundheitsgefährdende Wirkung bei fachgerechter Verarbeitung der Plomben ausschließt, komme es in Einzelfällen aber nachweislich zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Seiner Meinung nach sei die Verarbeitung von Amalgam-Plomben nicht generell abzulehnen, es müsse jedoch darauf geachtet werden, daß nicht auch andere Metalle verarbeitet werden, weil dadurch eine Wirkung entstehe, die bei kranken Menschen sehr wohl Gesundheitsstörungen hervorrufen könne. Die politische Aufgabe müsse darin bestehen, alles daranzusetzen, die Bevölkerung über die Verhinderung von Kariesschäden aufzuklären, schloß Stacher.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Ing. PUDSCHEDL (SPÖ), welche Aktivitäten die Akademie für Ganzheitsmedizin seit ihrem Bestehen gesetzt hat, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß die Akademie auf Tagungen und mit der Einrichtung von Arbeitsgruppen die verschiedensten Themen im Bereich der Ganzheitsmedizin behandelt hat. Dazu sind etwa die Homöopathie, die Ernährungskunde, die Schmerztherapie oder die Akupunktur zu zählen. Eine Umfrage bei Ärzten hat ergeben, daß ein beträchtlicher Teil der Mediziner um Heilmethoden im Sinne der Ganzheitsmedizin bemüht ist. Für die Zukunft gilt es, Kriterien zu entwickeln, die vor allem auch die sachgerechte Anwendung der verschiedenen Methoden garantieren. Generell sprach sich Stacher auch für ein Umdenken in der medizinischen Betreuung, für eine neue Rolle des praktischen Arztes im Sinne verstärkter Prävention und Beratung des Patienten aus.

Mitteilung über die EBS

Er habe sich zu dieser Mitteilung an den Gemeinderat zu Wort gemeldet, sagte Vizebürgermeister MAYR, weil aus der bisherigen Diskussion klar und deutlich hervorgehe, daß es Mißverständnisse und Fehlinterpretationen gebe.

Vor vier Jahren, am 7. März 1985, hat das Konsortium Umweltprojekt Wien ein Generaloffert zur Ertüchtigung der EBS und der HKA zu einem Fixpreis

Forts. von Blatt 620

Forts. auf Blatt 622

Forts. von Blatt 621

inklusive Planung, exklusive Umsatzsteuer, von 1.550 Millionen Schilling, zeitlich befristet per 30. März 1985, vorgelegt. Dieses Generaloffert wurde nicht angenommen, weil es zu unbestimmt war. Am 2. Mai 1985 wurde dem Konsortium lediglich ein Planungsauftrag, kostenlimitiert mit 69 Millionen Schilling, erteilt. Ein Angebot der Firma Umwelttechnik Wien, UTW, die vom Konsortium den Planungsauftrag übernehmen wollte, wurde am 22. Oktober 1985 abermals auf der Preisbasis von 1.550 Millionen Schilling vorgelegt. Dieses Angebot, betonte Vizebürgermeister Mayr, wurde abermals nicht angenommen, weil aufgrund des EBS-internen Wissensstandes damals klar war, daß der Leistungsumfang den tatsächlichen Erfordernissen nicht entsprach. Zur Erhärtung dieses Standpunktes wurde seitens der Wiener Holding ein Gegengutachten eingeholt. Die Konsequenz, so Mayr: „Alle bisher erstellten Projekte für die Erweiterung HKA — EBS sind von unrichtigen Ansätzen ausgegangen und daher nicht zielführend. Als zielführend wurde die Zerlegung des Gesamtprojektes in Teilprojekte angesehen.“

Nach der Übernahme der EBS durch die Wiener Holding mit Jahresbeginn 1986 wurde die Zerlegung des Projektes in zwei große Phasen vorgestellt.

Die Phase 1: Das Dringlichkeitsprogramm, enthielt alle jene Projekte, die 1985 eine große Rolle spielten, die Rauchgaswäsche, die bessere Entwässerung und Verbrennung des Klärschlammes sowie Maßnahmen zur Minimierung der Geruchsbelästigung.

Die Phase 2: Ausbau der Kläranlage zu einer Vollbiologie; hier wurde ein Versuch über zumindest eine kalte und eine warme Periode angekündigt. Außerdem gab es damals die Diskussion über den weiteren Ausbau der Donau unterhalb von Wien, was die Vollbiologie zwingend in kurzer Zeit erfordert hätte.

Alle Punkte des Anfang 1986 angekündigten Sofortprogrammes sind heute realisiert, betonte Vizebürgermeister Mayr. Die Rauchgasreinigung wurde Mitte 1987 fertig und ist schrittweise in Betrieb genommen worden, seit Herbst 1986 wird kein Schlamm mehr in den Donaukanal abgeleitet, und die Geruchsbelästigung wurde wesentlich verringert. „Es kann daher ausdrücklich festgestellt werden“, sagte Mayr, „daß die für die Anrainer und die für den Umweltschutz besonders dringlichen Fragen bereits gelöst sind“.

Zur Kostenfrage stellte Mayr fest, daß der Wiener Gemeinderat im Jahr 1985 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und den EBS zum Zweck einer einheitlichen Betriebsführung von HKA und EBS beschlossen habe. Ab diesem Zeitpunkt seien daher Investitionen durch die Organe der EBS zu beschließen und nicht mehr durch den Wiener Gemeinderat. In dem entsprechenden Vertrag sei ausdrücklich festgehalten, betonte Mayr, daß für die Planung und Errichtung der vorgesehenen Anlagenerweiterungen der Betrag von 1.550 Millionen nicht überschritten werden dürfe. Bei unvermeidbaren Überschreitungen dieses Limits hätten die Vertragspartner einvernehmlich zu prüfen, ob und welche Auswirkungen sich daraus auf das Entgelt zu ergeben hätten.

Vom bisher geschätzten Investitionskostenlimit sind erst 846 Millionen Schilling verbaut worden, betonte Mayr, daher stehe unter Einrechnung der Planungskosten noch ein Betrag von 635 Millionen Schilling zur Verfügung.

Unabhängig von der eindeutigen vertraglichen Situation, daß HKA und EBS als Betriebe der Holding geführt werden, und daher Investitionsentscheidungen nicht durch den Gemeinderat, sondern durch die Organe der Holding zu erfolgen haben, müsse beachtet werden, daß sich der Stand der Technik dramatisch schnell weiterentwickelt. Die noch zu treffenden Investitionsentscheidungen müssen daher berücksichtigen, daß die EBS niemals ein fertiges Produkt sein werde, und daß die Anlage funktions-

Forts. auf Blatt 623

tüchtig sein müsse, und daher nur erprobte Verfahren eingesetzt werden dürfen. Als Beispiel der technischen Anpassung bezeichnete Mayr die derzeitige Versuchsanlage zur Abscheidung von Dioxinen und Furanen.

Die letzten Jahre hätten gezeigt, betonte Mayr, daß die Entscheidung zur Zerlegung des Projektes in Teilschritte richtig war. Nur dadurch hätte man zu einer funktionstüchtigen und wirtschaftlich arbeitenden Anlage kommen können. Wie wertvoll die EBS zum Schutz der Umwelt sei, zeige ein Beispiel aus den letzten Tagen. Die Frau Umweltminister habe den Wiener Landeshauptmann beauftragt, jene 1.000 Fässer mit Sonderabfall, die im Hafen und bei den ÖBB vor wenigen Tagen gefunden worden sind, der Vernichtung zuzuführen. Nur weil die EBS bereits in Wien existiere, so Mayr, könne ein derartiger Auftrag überhaupt erfüllt werden.

„Wien setze Taten zum Umweltschutz“, sagte Mayr, „während man anderswo nur davon rede“.

Besprechung der EBS-Mitteilung

GR. REITER (SPÖ) beantragte die Besprechung der Mitteilung von Vizebürgermeister MAYR.

GR. KABAS (FPÖ) kritisierte, Vizebürgermeister Mayr habe über die dramatischen Akzente bei der EBS-Sanierung nicht gesprochen. Es gebe eine anhaltende Beunruhigung der Bevölkerung im Zusammenhang mit diesem Thema. Kabas meinte, es sollte gesagt werden, daß es teilweise zu Fehlentwicklungen gekommen sei, zumal etliche der Projekte Pilotanlagen gewesen seien. Ursprünglich geplante Teilprojekte seien noch nicht fertiggestellt, Kosten seien überschritten, und die ursprünglich vorgesehene Vergabe ohne Ausschreibung sei fallengelassen worden. Beim Umweltschutz sei die Entwicklung besorgniserregend, die Denox-Anlage sei noch immer nicht in Betrieb. Stadtrat Häupl fordere eine Abschaffung der erhöhten Mehrwertsteuer auf PKW und verursache damit die ungewünschte Entwicklung, daß nämlich nach einer Ablehnung dieser Forderung durch den Finanzminister die Menschen nun bis zum Jahr 1992 mit dem Kauf umweltfreundlicherer Autos warten. Der Umweltstadtrat sei auch nicht darüber informiert gewesen, daß die Dioxin-Werte bei den EBS um das bis zu 20fache der Grenzwerte überschritten wurden. Dem Umweltschutz komme bei den EBS zugunsten wirtschaftlicher Überlegungen zu wenig Gewicht zu. GR. Kabas stellte den ANTRAG, die EBS aus der Holding auszugliedern und sie in das Umweltressort einzubinden.

Weil Wien die Hälfte des Sondermülls aus anderen Bundesländern übernimmt, ohne daß dort geeignete Anlagen errichtet werden, stellte Kabas einen weiteren ANTRAG, Wien solle keinen Sondermüll aus anderen Bundesländern mehr annehmen, ehe nicht dort entsprechende Entsorgungseinrichtungen geschaffen sind. Er wiederhole damit, sagte Kabas, einen gleichlautenden FPÖ-Antrag aus dem Jahre 1986.

In einem dritten ANTRAG verlangte Kabas, die getrennte Müllsammlung auch auf Kunststoffe auszudehnen. Er verspricht sich davon eine Verringerung der Dioxin-Emissionen aufgrund von Kunststoffverbrennung. Die ÖVP forderte Kabas auf, auf Bundesebene eine Novellierung des Luftreinhaltegesetzes zu entwerfen. Sie werde dafür die Unterstützung der FPÖ finden.

Den EBS-Bericht wird die FPÖ wegen der geschilderten Mängel nicht zur Kenntnis nehmen.

Die Größenordnung der Kostensteigerung, das unbefriedigende ökologische Zwischenergebnis, ein Chaos bzw. der völlige Stillstand der Planungsarbeiten und die fehlende politische Kontrolle bei der Sanierung der EBS und der Hauptkläranlage geben Anlaß zu äußerster Besorgnis, sagte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Der Gemeinderat sei über Änderungen des Planungsauftrages seit 1985 nicht informiert worden, erst heute liegen ein

Forts. von Blatt 622

Forts. auf Blatt 624

neuer Bericht sowie ein neuer Termin- und Kostenplan vor. Durch die fehlende politische Zielvorgabe, sagte Hawlik, habe es einen Planungsverzug von über zwei Jahren und eine Kostensteigerung von rund 1,2 Milliarden Schilling, die auch nicht begründet worden sei, gegeben. Es stehe zu befürchten, daß nun der Bürger in Form von erhöhten Wasser-, Abwasser- und Müllgebühren die Buße für diese Versäumnisse leisten müsse. Eine begleitende Kontrolle für die Sanierung der EBS sei zwar im Stadtsenat beschlossen, aber nicht durchgeführt worden, der EBS-Beirat habe seit fast einem Jahr nicht mehr getagt, und die Beteiligungskommission sei nach den letzten Gemeinderatswahlen aufgelöst worden. Ebenso unbefriedigend sei das ökologische Zwischenergebnis, da die Rauchgasreinigung wegen der die Grenzwerte immer noch übersteigenden Emissionen erst Ende des Jahres abgenommen werden könne. Ungelöst sei auch die Entsorgung der Filterkuchen. Hawlik stellte den ANTRAG, DURCH einen Unterausschuß des Finanzausschusses eine begleitende Kontrolle zu installieren.

Die Umweltsituation sei zu ernst zu nehmen, als daß dieses Thema populistisch behandelt werden sollte, sagte GR. BRIX (SPÖ). In Wien werde versucht, den Sondermüll so zu entsorgen, daß die Umwelt in größtem Ausmaß geschont werde. Aus diesem Grund werden auch technische Neuerungen berücksichtigt, sodaß man nicht von Sanierung sprechen sollte. Das Geld, das für die technischen Neuerungen ständig eingesetzt werde, sei deshalb auch nicht verschwendet. Brix forderte, daß in einem anderen Bundesland eine zweite Entsorgungsanlage gebaut werde, im Jahr 1988 wurden in den EBS fast 56.000 Tonnen Sondermüll entsorgt, davon wurden 9.000 Tonnen allein aus Niederösterreich angeliefert. Daß die Rauchgasreinigungsanlage funktioniere, bestätigte auch kürzlich ein Gutachten internationaler Fachleute. Die Anstrengungen, die Wien im Rahmen des Umweltschutzes unternimmt, seien beispielgebend, schloß Brix.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) wies darauf hin, daß die Sanierung der EBS wegen der gesundheitlichen Gefährdung der Simmeringer Bevölkerung durch Überschreitung der Grenzwerte bei Emissionen notwendig sei. Zugleich schloß sich der Redner der Meinung seines Parteikollegen Mag. Kabas an, daß Wien keinen Sondermüll aus den Bundesländern entsorgen solle, wenn dort nicht entsprechende Beiträge zur Sondermüllentsorgung geleistet werden.

Stadtrat Ing. ENGELMAYER (ÖVP) bezeichnete die EBS als unverzichtbar für Wien, sie müsse jedoch voll funktionstüchtig sein. Auch Engelmayer wies auf die Gesundheitsgefährdung durch Grenzwertüberschreitungen und die daraus resultierende Verunsicherung der Bevölkerung hin. Engelmayer kritisierte die Ressortzuteilung der EBS zum Finanzbereich und sprach in diesem Zusammenhang von einer Behinderung der Geschäftsführung durch die Politik. Eine Sanierung der EBS bedürfe jedoch vor allem eines Vorgehens nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

GR. OUTOLNY (SPÖ) erinnerte daran, daß in den letzten Jahren in der ganzen Welt ein großes Umdenken eingesetzt habe. Sowohl Österreich als auch besonders Wien seien in vielen Umweltbereichen beispielgebend geworden. In diesem Sinn lehnte Outolny die „unqualifizierte Kritik“ an den EBS ab und verwies darauf, daß es auf der ganzen Welt keine Beispiele gebe, an denen wir uns orientieren könnten. Er habe erst in den letzten Tagen einen Lokalausweis bei den EBS gemacht und sei angenehm überrascht worden. Der Betrieb sei in Ordnung und funktioniere, und es sei ein Faktum, daß es keine vergleichbare bessere Anlage in Europa gibt.

Die Anlage selbst werde nach dem letzten Stand der Technik betrieben, und alle Meßdaten seien rund um die Uhr ablesbar. Die MA 22 kontrolliere diese Daten, und diese selbst werden im Magistratischen Bezirksamt Simmering öffentlich ausgestellt. Abgesehen davon gebe es auch eine funktionierende unabhängige, ständige begleitende Kontrolle durch die

Forts. von Blatt 623

Forts. auf Blatt 625

Technische Universität Wien und durch die Arbeitsgemeinschaft „Kritische Chemie“.

Outolny ortete in der Bundesumweltpolitik ein Defizit und verwies auf die Probleme des Transportes gefährlicher Güter und auf die Probleme mit Einweggebinden. Der Sondermüllexport koste sehr viel Geld, und im Westen Österreichs würde dringend eine zweite Sondermüllverbrennungsanlage benötigt. Die ÖVP möge ihren Einfluß zur Lösung der Probleme bei der Gesundheitsministerin geltend machen, forderte Outolny.

GR. FÜRST (ÖVP) erinnerte Stadtrat Häupl daran, daß dieser seinerzeit als Gemeinderat der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, der Gemeinderat müsse sich mit dem Themenkomplex EBS nicht mehr befassen. Nun werde Häupl erklären müssen, warum seine seinerzeitige Erwartung nicht erfüllt wurde. Dem Vizebürgermeister Mayr warf Fürst vor, bereits 1985 gewußt zu haben, daß mit den präliminierten 1,5 Milliarden Schilling für die Sanierung der EBS das Auslangen nicht zu finden sein würde. Dennoch habe er den Bürgermeister nicht informiert. Im Oktober 1985 habe sich die ÖVP gegen den Vertragsabschluß gewandt, weil sie keinen „Blankoscheck“ unterschreiben wollte. Die SPÖ habe sie deshalb der „Panikmache“ bezichtigt, denn sie habe angegeben, die Kosten seien sehr wohl begrenzt. Auch der damalige Umweltstadtrat Braun habe von einem Höchstbetrag von 1,55 Milliarden Schilling als Sanierungserfordernis gesprochen. Wie könne nun Mayr vor den Gemeinderat treten und behaupten, es habe kein Limit gegeben? Er gebe damit zu, der SPÖ-Fraktion zugemutet zu haben, einem falschen Vertrag zuzustimmen. Bürgermeister Zilk habe sich im Februar 1985 dafür verbürgt, daß Zeit- und Finanzierungsplan eingehalten werden. Dafür habe er, wie er betonte, die volle politische Verantwortung im Bewußtsein aller Konsequenzen übernommen. Jetzt, da Zeit- und Kostenplan nicht eingehalten wurden, dürfe Zilk die Konsequenzen nicht schuldig bleiben.

Es gehe darum, den international anerkannten Betrieb (EBS) weiter auszubauen und dem jeweils neuesten Stand der technischen Entwicklung anzugleichen, sagte GR. Erich HUBER (SPÖ). Die EBS sei in einem Maße ausgebaut, daß erst Ende Mai wieder Lieferungsanmeldungen entgegengenommen werden können. Trotzdem werden die Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes im Durchschnitt eingehalten. Die Versuchsanlage, in der Dioxine und Furane abgeschieden werden, laufe so gut, daß angenommen werden kann, daß auch dieses Problem bewältigt werden kann. Es sei unverständlich, daß die ÖVP einerseits die Umweltpolitik der Gemeinde Wien zu skandalisieren versuche und gleichzeitig darauf dränge, daß Österreich Vollmitglied der EG werde. Es werde negiert, daß in manchen EG-Ländern die erlaubten Grenzwerte bis zum zehnfachen höher sind als in Österreich. GR. Huber verwies auf ein Gutachten der TU Wien, daß die Rauchgasreinigungsanlage der EBS zu den fortschrittlichsten der Welt zähle.

Zu dem von GR. Dr. Hawlik urgierten Gesamtauftrag erklärte GR. Huber, daß diese Vorgangsweise aufgrund des raschen technischen Fortschritts nicht vorteilhaft wäre. So seien aus demselben Grund auch im vorhandenen Gesamtkonzept Prioritäten verändert worden. Die Vergabe von Teilaufträgen habe sich als richtig erwiesen. Die SPÖ sehe ihre Aufgabe in der Realisierung einer sinnvollen Umweltpolitik, die auf einen maximalen Umweltschutz bei rationellstem Einsatz der Mittel ausgerichtet sei, schloß Huber.

Mehr als 50 Prozent des in den EBS entsorgten Sondermülls stamme aus den Bundesländern, unterstrich StR. Dr. HÄUPL (SPÖ). Man müsse, statt Kompetenzstreitigkeiten weiterzuführen, die übergelagerte Problematik jenes Sondermülls erkennen, der weder in den EBS entsorgt noch ordnungsgemäß deponiert oder exportiert werde, sondern illegal gelagert werde. Ziel müsse es sein, möglichst große Mengen des gefährlichen Sonderabfalls einem Recycling zuzuführen. Es müsse, forderte Häupl,

Forts. von Blatt 624

Forts. auf Blatt 626

gemeinsame Überlegungen geben, wie die Altlasten von morgen entsorgt werden sollen, statt die einzige Sondermüllentsorgung in Österreich in Permanenz zu denunzieren.

Wien habe die strengsten Grenzwerte der Welt zu berücksichtigen, und man könne die meisten Grenzwerte eklatant unterbieten. Den Dioxingrenzwert einzuhalten, habe man noch sechs Jahre Zeit, und er, sagte Häupl, sei überzeugt, daß es weit vor Ablauf dieses Zeitraums gelingen werde.

Zur Hauptkläranlage Wien sagte Häupl, man habe die Absicht, diese voll zu ertüchtigen und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, der auch zukünftigen Erfordernissen, die zum Beispiel durch den Ausbau des Kanalnetzes entstehen, entsprechen. Es handle sich dabei um höchst komplizierte Technologien und Analysen.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen.

Der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde auf Empfehlung des Berichterstatters GR. REITER (SPÖ) mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, die Anträge der FPÖ wurden einstimmig zugewiesen.

Wahl von Mitgliedern des Sparkassenrates der Zentralsparkasse

Nach der einstimmigen Wahl von Dr. GÖTTLICHER als Mitglied des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt stand die Wahl von Mitgliedern des Sparkassenrats der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien auf der Tagesordnung.

Dazu nahm Stadtrat Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) Stellung und erklärte, daß er es für falsch halte, wenn sich Politiker in den Aufsichtsrat eines der Stadt nahestehenden Unternehmens wählen lassen. Ein besonderer Gegensatz sei bei Politikern gegeben, die die Privatisierung eines solchen Unternehmens verlangen und zugleich in den Aufsichtsrat gehen. Pawkowicz forderte aus diesen Gründen eine getrennte Abstimmung der einzelnen für den Aufsichtsrat genannten Persönlichkeiten.

GR. PRAMEL (SPÖ) betonte, es gehöre zur Verantwortung der Politiker, ihre Verantwortlichkeit auch in Gremien wahrzunehmen, die für die Stadt große wirtschaftliche Bedeutung haben und die immer wieder wichtige Projekte mit der Stadt verwirklichen.

ABSTIMMUNG: Die Abstimmung erfolgte dem Wunsch der FPÖ entsprechend, getrennt nach Persönlichkeiten ohne politische Funktion und politischen Funktionsträgern. Einstimmig gewählt wurden Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und Dr. Ernst HOFBAUER. Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wurden Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, GR. Margarete DUMSER, NR. Kurt EDER, Vizebürgermeister Hans MAYR, Georg MISCHINGER und GR. Komm.-Rat Walter NETTIG gewählt.

Teilprivatisierung der Wiener Holding

Vizebürgermeister MAYR stellte den ANTRAG, den Magistrat zu ermächtigen, 49 Prozent der Stammanteile der Stadt Wien an der Wiener Holding GesmbH. zum Nominalwert von 20,5 Millionen Schilling pro 1%-Anteil zu verkaufen. Vor 15 Jahren, am 31. Mai 1974, sagte Mayr, wurde die Wiener Holding mit einer Kapitalbewertung von 403 Millionen Schilling gegründet. Die heutige Bewertung von 2,05 Milliarden sei ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Betriebe ihre Substanz erhöhen konnten.

Es handle sich zunächst nicht um den Versuch, zu einer völligen Privatwirtschaftlichkeit zu gelangen, dazu seien derzeit die Begleitumstände nicht geeignet. Um die Wettbewerbsverzerrung auszuschalten, müssen allerdings die Holding-Doktrin und die Präferenzklausel fallen, sowie die Verlustabdeckung für jene Betriebe gegeben werden, die die Holding für die

Forts. von Blatt 625

Forts. auf Blatt 627

Stadt Wien führt; das sind das Theater an der Wien, das Raimundtheater, das Ronacher und die Wiener Stadthalle.

Die Bewertung der Wiener Holding, betonte Mayr, sei von zwei bekannten Wirtschaftsprüfungsunternehmen durchgeführt worden und vom Kontrollamt gutgeheißen worden. Derzeit sollten nur 49 Prozent der Anteile abgegeben werden, sagte Mayr, aber es sei durchaus denkbar, entsprechend der wirtschaftlichen Anpassung und nach einer Periode der Vertrauensbildung mit den neuen Eigentümern darüber zu reden, ob die Privatisierung über dieses Ausmaß hinausgehen könne. Man solle derzeit nicht darüber hinausgehen, weil die Stadt Wien als Dienstgeber und Eigentümer besonderer Art eine große Verantwortung trage. Er bekenne sich zur freien Konkurrenz, zur Marktwirtschaft, zur Risikobereitschaft, zur Einsatzbereitschaft als Faktoren des Wirtschaftssystems, und man müsse mutig und mit Selbstbewußtsein den Betrieben die Chancen des Marktes eröffnen.

Es hätten sich viele Interessenten gemeldet, die Interesse an einzelnen Betrieben der Holding gehabt hätten. Das sei für ihn nicht überraschend gewesen, sagte Mayr, aber er sei gegen einen derartigen „Rosinenverkauf“, denn dann wären die ertragreichen privatisiert worden, die anderen wären der Gemeinde geblieben. Die Beteiligung an der Gesamtkonstruktion werde nun von Kreditunternehmungen und Versicherungen, ohne Rücksicht auf deren politische Zuordnung, erfolgen. Es sei für ihn ein gutes Zeichen, daß sich auch die Raiffeisenspitzenengruppe um Anteile bemühe, ein gutes Zeichen für die Objektivität der Geschäftsführung.

Die Teilprivatisierung wird zu einer starken Verbindung mit der Privatwirtschaft führen und der Gemeinde laufende Erträge bringen. Der Verkaufserlös sei gerade heuer, bedingt durch den Einnahmefall durch die Steuerreform, für die Stadt Wien sehr günstig.

Der heutige Vorgang sei keine echte Privatisierung, sondern ein „Etikettenschwindel“ wie die Privatisierung durch die Koalitionsregierung, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). 88 Prozent der Holding gingen entweder an die Gemeinde Wien, die „Z“ oder Großbanken. Bestenfalls neun bis zwölf Prozent sollte der halbwegs private Bereich erhalten. Die Holdinggründung im Jahre 1974 sei die Konsequenz aus Problemen in verschiedenen Gemeindefirmen gewesen. Gleichzeitig sei die Holding-Doktrin beschlossen worden, wonach sich die Stadt Wien aus jenen Bereichen heraushalten sollte, die von der Privatwirtschaft ohnehin bedient werden können. Die Holding-Geschäftsführung habe diese Richtlinie sehr großzügig gehandhabt und teilweise sogar überschritten. Trotzdem habe sich der Beschluß aus dem Jahre 1974, verglichen mit den Verhältnissen vorher, bewährt. Er habe ein ungutes Gefühl, formulierte Hirnschall, wenn nun die Holding-Doktrin zugunsten einer räumlichen und branchenmäßigen Expansion fallen soll. Er erinnerte an das Bauring-Abenteuer in Saudi-Arabien. Noch ehe die Doktrin gestrichen ist, habe die Holding die Wienerwald-Kette um 440 Millionen Schilling erstanden, und dies bei einem Holding-Gesamtwert für 30 Firmen von 2 Milliarden Schilling. Er fragte Mayr, ob bei der Festlegung des Kaufpreises die selben strengen Kriterien wie bei der Holding-Bewertung für deren Verkauf angelegt wurden, und stellte den ANTRAG, das Kontrollamt solle den Erwerb der Wienerwald-Kette hinsichtlich Unternehmensbewertung und Preisangemessenheit überprüfen.

Nach der Vorstellung der FPÖ von einer Privatisierung sollten jene Betriebe davon erfaßt werden, die nach konsequenter Auslegung der Holding-Doktrin keinen kommunalen Bedarf decken. Der Verkauf solle bis zu 100 Prozent eines Betriebes gehen. Betriebe im kulturellen und Veranstaltungsbereich, für die es kommunale Interessen gibt, sollen auch in Zukunft in der Holding bleiben. Die EBS, die durch den Verkauf noch mehr in den Widerstreit zwischen Ökonomie und Ökologie gedrängt werden würde, soll aus der Holding herausgenommen und dem Umweltressort angegliedert werden.

Forts. von Blatt 626

Forts. auf Blatt 628

Forts. von Blatt 627

Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) erklärte, ideologische Orientierungslosigkeit und der Abschied von jenem Grundkonsens der drei Rathausparteien von denen die Holding-Doktrin getragen worden sei, kennzeichneten jenen Weg, der nun zum Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding führe. Dieser Schritt bedeute, daß unter dem Vorwand einer Privatisierung die letzten Reste der Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat fallen. Ab nun, warnte Busek, müsse die SPÖ die Verantwortung alleine tragen. Der Ankauf der Wienerwald-Kette sei ganz sicher keine Alternative zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Weiterentwicklung der Wiener Wirtschaft durch zukunftsorientierte Wirtschaftsunternehmen. Er ziehe, meinte Busek, den „Österreich-Patriotismus“ der Verkäuferin in Zweifel, und man möge bei der Argumentation, der „Wienerwald“ solle in Wien bleiben, in die Vergangenheit dieses Unternehmens blicken, das immer in der BRD bzw. der Schweiz angesiedelt gewesen wäre. Ein weiterer Kritikpunkt beim „Etiketten-Schwindel Privatisierung“ betreffe den, auch nach dem Verkauf von 49 Prozent der Holding, weiterbestehenden Einfluß von Vizebürgermeister Mayr auf die künstlerische Gestaltung der Programme der Vereinigten Bühnen. Man müsse sich fragen, sagte Busek, wie die Freiheit der Kunst in diesem Zusammenhang gewahrt bleiben könne.

Der Verkauf der Holding-Anteile lasse auch die ablehnende Haltung Mayrs zu einem Beitritt zur EG in einem politisch bedenklichen Licht erscheinen. Eine Hinwendung zum östlichen Wirtschaftsraum könne durch die Weigerung, sich westlich zu orientieren, wohl kaum erreicht werden, kritisierte Busek. Die Erschließung des osteuropäischen Wirtschaftsraums sei sicherlich über die EG leichter möglich als über eine Politik wirtschaftlicher Isolation, wie sie die Wiener SPÖ betreibe. Der Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding bedeute für ihn, sagte Busek, eine Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Landschaft. Dies sei kein Weg in die Zukunft, sondern ein Rückschritt, vor dem die Wiener ÖVP nur warnen könne.

Die Vertreter der Opposition seien in der unangenehmen Situation, heute Sachen kritisieren zu müssen, die sie früher verlangt hätten, sagte GR. FREITAG (SPÖ). Die Holding sei ein Unternehmensbereich mit einer Geschäftsgebarung, wie sie auch in Privatbetrieben üblich sei. Die gemeinwirtschaftlichen und kommunalen Aufgaben werden vortrefflich gelöst. Durch den Verkauf von 49 Prozent der Unternehmensanteile werde das Budget positiv beeinflusst und der Wettbewerb neutralisiert. Privatisierung dürfe nicht Selbstzweck sein, vielmehr sei sinnvolles Wirtschaften angesagt. Der Insolvenzstatistik sei zu entnehmen, daß zwei Drittel der Insolvenzen auf Fehlleistungen privater Unternehmer zurückzuführen seien. In den vergangenen 15 Jahren habe die Holding erfolgreich gearbeitet. Mit dem Kauf der Wienerwald-Kette wurde eine wichtige Strukturmaßnahme gesetzt.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) lehnte für ihre Partei den Ankauf der Wienerwald-Kette ab, weil sie grundsätzlich gegen eine weitere Vermehrung der staatlichen Konkurrenz gegenüber Privatbetrieben sei. Der Verkauf von 49 Prozent der Anteile käme keiner Privatisierung gleich, weil der Einfluß der Gemeinde Wien und damit die politische Macht ungebrochen bleibe. Abzulehnen sei jedoch nicht nur der Verkauf der Wienerwald-Kette, sondern vor allem auch die Vorgangsweise. Der Gemeinderat sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden, es wurden auch keine ausreichenden Expertisen über das Kaufprojekt erstellt. Die Untersuchung eines privaten Großunternehmers habe nämlich ergeben, daß der Wert der Wienerwald-Kette nur bei einem Drittel des Kaufpreises liege. Es sei zu befürchten, daß wieder einmal die Steuerzahler in unverantwortlicher Weise zur Kassa gebeten werden, schloß Kariotis.

GR. Dkfm. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den Verkauf der Holding-Anteile als unausgegoren. Es liege eher eine Scheinprivatisierung vor als ein Schritt zu einer echten Privatisierung, für die die ÖVP eintrete. Der SPÖ schein es

Forts. auf Blatt 629

vor allem darum zu gehen, die Holding-Betriebe der kommunalen und oppositionellen Kontrolle zu entziehen. Dies sei bereits in der Vergangenheit mehrfach gehandhabt worden, so bei der Abschaffung der Beteiligungskommission.

Wöber bezeichnete auch die Unterlagen für den Verkauf als teilweise unvollständig, nicht exakt und damit auch irreführend, was das finanzielle Engagement der Stadt Wien bei der Holding betreffe. Als wirtschaftlich nicht zielführend bezeichnete der Redner auch den Ankauf der Wienerwald-Kette durch die Holding, da der Preis weit überhöht sei.

Die Entscheidung, die Holding-Doktrin abzuschaffen, wäre nur bei einem Mehrheitsverkauf in Ordnung. So halte die Stadt Wien nach wie vor 51 Prozent und habe damit die Möglichkeit, zu „regieren“. Auf eine privatwirtschaftliche Gestion der Holding sei in dieser Konstellation nur zu hoffen.

Der Ankauf der Wienerwald-Kette habe der Holding-Doktrin, die erst heute durch Gemeinderatsbeschluß aufgehoben werden soll, eindeutig widersprochen. Das sei ein weiteres Beispiel, wie die Mehrheit des Hauses über Beschlüsse des Gemeinderates „drüberfährt“, sagte GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP). Die Teilprivatisierung der Holding sei keine Privatisierung, wie sie in westlichen Industrienationen verstanden wird. Privatisierung bedeute die Übertragung von Eigentumsanteilen, und zwar der Mehrheit, an Private und eine Betriebsführung frei von politischen Einflüssen. Nun solle offensichtlich die Holding-Doktrin durch eine „Mayr-Doktrin“ ersetzt werden, die lautet: Der politische Einfluß auf die Unternehmungen müsse gewährleistet werden.

Dr. Maier kritisierte den Verkaufspreis für die Holding-Anteile. Es gebe kein Bewertungsgutachten.

Dr. Maier brachte einen GEGENANTRAG der ÖVP ein. Die Holding solle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, und mehr als 50 Prozent der Aktien sollten über die Börse verkauft werden.

Den Ankauf der Wienerwald-Kette durch die Wiener Holding lehnte Dr. Maier schärfstens ab. Die deutsche Geschäftsfrau Thyssen-Henne habe dabei ein schönes Geschäft gemacht. Nach einem Bericht der deutschen Zeitung FAZ sei das ganze Unternehmen 1986 mit sieben Millionen DM bewertet worden. Der Kaufpreis von 440 Millionen Schilling sei eindeutig überhöht. Es sei nicht einzusehen, warum die Stadt Wien den steuerzahlenden Gastronomen in der eigenen Stadt Konkurrenz machen wolle. Maier erinnerte daran, daß die Wienerwald-Kette ganz offensichtlich saniert werden müsse und warnte davor, in Zukunft dafür Steuergelder einzusetzen.

In seinem Schlußwort äußerte sich Vizebürgermeister MAYR kritisch zur Debatte über dieses Geschäftsstück. Es seien Argumente verwendet worden, die den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen nicht entsprechen, wohl deshalb, weil sachliche und wirtschaftliche Gegenargumente fehlten. Beispielsweise disqualifiziere sich die Äußerung, daß bei der Kaufpreisfestsetzung für die Wienerwald-Kette der Charme von Frau Thyssen-Henne maßgeblich gewesen sei, von selbst. Tatsächlich habe der Kauf auch Barvermögen in Höhe von 130 Millionen Schilling umfaßt, das aus steuerlichen Gründen bisher aus der Wienerwald-Kette nicht entnommen war.

Die Holding-Doktrin sei seinerzeit von der ÖVP verlangt worden, um den Betrieben ihre Handlungsfreiheit zu nehmen. Mayr verwahrte sich energisch gegen den Vorwurf auf die wirtschaftliche Gebahrung der Holding Einfluß zu nehmen. Er habe sich bloß immer vor die Holding gestellt, wenn sie mit politischen Schwierigkeiten konfrontiert wurde. Diese Schwierigkeiten seien oft auf die ÖVP zurückgegangen, dies, obwohl von der ÖVP nominierte Leute die Entscheidungen mitgetragen haben. Mayr warf GR. Wöber vor, der Holding und der Stadt Wien absichtlich steuerliche Schwie-

Forts. von Blatt 628

Forts. auf Blatt 630

rigkeiten machen zu wollen, wie etwa im Zusammenhang mit der Gesiba. Die Gesiba-Bewertung sei jedenfalls vom Kontrollamtsdirektor mitgetragen worden.

Er habe wenig Verständnis dafür, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß im kleinen Kreis ordentliche Diskussionen möglich, im Gemeinderat jedoch durch eine andere Sprache überdeckt werden. Er werde sich jedenfalls einer solchen Methode nicht bedienen.

Was die wirtschaftlichere Führung von Theatern in anderen Ländern betrifft, müsse man bedenken, daß dort das Prinzip „Hire and fire“ gelte, während bei uns glücklicherweise andere soziale Verhältnisse bestehen.

Wenn sich die Stadt Wien Mitspracherechte in wesentlichen entscheidungsbereichen bei Kulturbetrieben vorbehalte, dürfe dies nicht als normierte Einflußnahme des Finanzreferenten gedeutet werden.

Das Niveau der Diskussion seitens der großen Oppositionspartei mache deutlich, daß es an sachlichen Argumenten fehle, wenn die Debatte beispielsweise auf außenpolitische Themen ausufere. Die Europareife der Wirtschaft werde sich in der Konkurrenz mit Europa bewähren. Die Neutralität dürfe jedenfalls nicht in Frage gestellt werden.

Er wünsche sich eine privatwirtschaftliche Beteiligung der Stadt Wien im allergeringsten Ausmaß, betonte Mayr. Die Vorteile der Stadt Wien aus privatwirtschaftlich geführten Betrieben seien im Verhältnis zum Gesamtwiener Budget relativ gering. Er habe Interesse an einer ordentlichen Entwicklung der Betriebe, mache sich allerdings auch Sorgen über die Menschen in den Betrieben, damit diese für ordentliche Leistungen auch ordentlich behandelt werden. Wir wollen erreichen, daß die Beteiligten streng und unpolitisch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe schauen, sagte Mayr. Er glaube, daß der erste Schritt gelingt und Erfolg bringt. Nach einiger Zeit soll über weitere Maßnahmen entschieden werden.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Antrag auf Umwandlung der Holding in eine Aktiengesellschaft wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag des Berichterstatters auf Abtretung von 49 Prozent der Holding, Streichung der Holding-Doktrin sowie Abschluß eines Syndikatsvertrages wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der FPÖ-Antrag hinsichtlich einer Überprüfung des Wienerwald-Kaufes wurde einstimmig dem Kontrollausschuß zugewiesen.

Mitteilung über die Weltausstellung

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) berichtete über eine Änderung des laut Gemeinderatsbeschuß vom 17. Oktober 1988 vorgesehenen Planungsablaufes für die EXPO 95. Wie bei ähnlichen Großvorhaben im Ausland hätten alle damit befaßten Architekten die Ansicht geäußert, daß die Stadt Wien die erste Phase der städtebaulichen Bearbeitung selbst durchführen solle. Selbstverständlich sei dabei auch vorgesehen, Expertisen heranzuziehen. Erst in der zweiten Stufe soll ein öffentlicher Wettbewerb mit internationaler Beteiligung stattfinden. Ebenso wie diese nun festgelegte Vorgangsweise sollen auch die folgenden Schritte im Einvernehmen mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien erfolgen, schloß Swoboda.

Betriebsansiedlung in St. Marx

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte einen Sachkredit in der Höhe von 15,1 Millionen Schilling zur Aufschließung eines Betriebsbaugebietes in St. Marx zugunsten der Firma WÖV-Austrovieh.

Man habe, sagte GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), bereits beim Abschluß des Vertrages im Dezember die Zusicherung kritisiert, daß kein anderer Fleischzerlege-Betrieb gleiche Konditionen seitens der Stadt Wien erhalte.

Forts. von Blatt 629

Forts. auf Blatt 631

Dies sei wettbewerbsverzerrend, nicht EG-konform und stelle einen wirtschaftlichen Protektionismus dar.

Der Verkauf des Bauplatzes mit 20.000 Quadratmeter an die Firma WÖV, sagte GR. SRAMEK (SPÖ), sei bereits im Vorjahr beschlossen worden. Die Firma WÖV-Austrovieh werde auf diesem Grundstück einen EG-gerechten Betrieb zur Fleischverarbeitung errichten. 110 Beschäftigte werden in diesem Betrieb, der ein Investitionsvolumen von 150 Schilling erfordere, tätig sein.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Sanierung von Loggien im SMZ-Ost

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) beantragte die Genehmigung baulicher Maßnahmen für die Sanierung der Loggien der Personalwohneinheiten im SMZ-Ost mit Gesamtkosten von 8,16 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) sagte, daß seiner Partei dem Antrag zustimmen werde, weil man die Bewohner nicht im Regen stehen lassen wolle. Die vor wenigen Jahren eingebauten Holzkonstruktionen müssen schon jetzt durch Kunststoffenster ersetzt werden, weshalb die Verantwortlichen für diese Schäden festgestellt werden müßten. Der Bauüberwachung sei vorzuwerfen, daß sie ihrer Kontrollfunktion offenbar nur mangelhaft nachgekommen sei.

Dieser Antrag reihe sich lückenlos in eine Fülle von Baugebrechen an Gemeindebauten, die den Steuerzahlern schon rund dreihundert Millionen Schilling gekostet haben, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Es handle sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein System von Sorglosigkeit, der schlechten Bauüberwachung und fehlender politischer Verantwortlichkeit. Es sei zu befürchten, daß im Bereich des SMZ-Ost noch viele Mängel dieser Art auftauchen werden. Die ÖVP werde jedoch der Sanierung zustimmen, weil sonst der falsche Eindruck entstünde, die Bewohner wären an dem Schaden schuld.

GR. Erich HUBER (SPÖ) nannte die Gründe für den Fensteraustausch: Von den 500 Fenstern des Hauses müssen die 167 an der Wetterseite liegenden ausgetauscht werden. Zu der extremen Witterungsbelastung komme der Umstand, daß beim Bau vor 15 Jahren Weichholzkonstruktionen verwendet wurden, weil diese preisgünstiger waren und den Förderungsrichtlinien entsprachen. Die Reparatur der Holzfenster wäre unwirtschaftlich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gürtelstationen der Stadtbahn

GR. HUMMEL (SPÖ) beantragte eine Erhöhung des Sachkredites für die Ausrüstung der bestehenden Stationen der Gürtellinie der Stadtbahn auf U-Bahn-Standard sowie der Renovierung im Stil Otto Wagners von 275 auf 372 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) kritisierte, daß 70 Prozent der Mehrkosten auf Planungsfehler zurückzuführen seien. Prinz verlangte die Absetzung des Geschäftstückes.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) ersuchte aufgrund der Tatsache, daß bei einem Akt über eine Kostenexplosion von immerhin fast 100 Millionen Schilling der zuständige Stadtrat nicht im Gemeinderat sei, um eine Unterbrechung der Sitzung.

Nach der Unterbrechung sprach sich StR. HATZL (SPÖ) dafür aus, den Akt abzusetzen und im Ausschuß nochmals zu besprechen, obwohl er bereits einmal ohne Widerspruch durch den Ausschuß gegangen sei.

Der Akt wurde abgesetzt.

Der Wiener Gemeinderat endete um 18 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 630

Fotoausstellung Im Otto-Wagner-Pavillon

Wien, 31.3. (RK-KULTUR) Im Otto-Wagner-Pavillon auf dem Karlsplatz ist bis 31. Oktober 1989 die Fotoausstellung „Stationen“ zu sehen. Der Fotozyklus von Erich LEONHARD beschäftigt sich mit der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn und greift in verschiedenen Perspektiven und Details charakteristische Eigenheiten dieses Gesamtkunstwerkes auf. Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 10 bis 12.15 Uhr und von 13 bis 16 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg